

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



36. Jahrgang / 148

7. August 1981

Inhalt

Heinz Westphal MdB, Haushaltsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, macht deutlich, daß es bei der Forderung nach einer Ergänzungsabgabe einzig und allein um die Schaffung von Arbeitsplätzen geht.
Seite 1

Volker Neumann MdB beklagt den wachsenden Fremdenhaß in der Bundesrepublik.
Seite 2

Dr. Brunhilde Peter MdL, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF), wirft Norbert Blüm und der CDA familienpolitischen Rückfall ins 19. Jahrhundert vor.
Seite 3/4

Anke Brunn MdB, Stellv. Vorsitzende der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, erinnert an den Volksentscheid vom 9. August 1931, mit dem Kommunisten und Nationalsozialisten die Demokratie in Preußen bekämpften.
Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godeberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Es geht um mehr und sichere Arbeitsplätze

Deshalb setzen wir uns für die Ergänzungsabgabe ein

Von Heinz Westphal MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft
der SPD-Bundestagsfraktion

Wir erleben zur Zeit eine die Motive völlig verdrehende Debatte über die Ergänzungsabgabe, bei der aber die dahinterstehenden Interessen leicht zu durchschauen sind. Den Sozialdemokraten geht es nicht um Erhöhung der Steuerquote; uns geht es einzig und allein um mehr Beschäftigung, um mehr Arbeitsplätze! Deshalb sagen wir: Alle, die arbeiten und Geld verdienen, sollen für eine kurze Zeit etwas abgeben, damit diejenigen, die arbeiten wollen, aber keinen Arbeitsplatz haben, schnell einen bekommen können!

Diese zeitlich begrenzte Abgabe braucht nicht hoch zu sein, aber sie muß so gestaltet sein, daß derjenige, der wegen seines höheren Einkommens eine höhere Sparrate hat, diese selbstverständlich leichter verkleinert bekommen kann als derjenige mit einem kleineren Einkommen. Das hat sowohl etwas mit steuerlicher Leistungsfähigkeit als auch mit Gerechtigkeit zu tun.

Es liegt nahe, daß ein Sozialdemokrat von einer solchen Abgabe die kleinen Einkommensbezieher gern ganz ausnehmen würde.

Dafür gibt es auch gute Gründe, gerade wenn man die letzte Steuerentlastung ab Januar 1981 noch einmal genau ansieht. Aber an dieser Frage soll und darf die Sache nicht scheitern, denn es geht um mehr und sichere Arbeitsplätze.

Das Argument, wir würden durch eine Ergänzungsabgabe Kaufkraft entziehen, trifft nur dann - und ganz minimal - zu, wenn auch die Arbeitnehmer mit niedrigen Einkommen einbezogen werden, die keine Sparrate haben. Bei den besser Verdienenden bedeutet eine zeitlich begrenzte Ergänzungsabgabe nichts anderes als eine gewisse Verringerung ihrer monatlichen Sparleistung.

Im übrigen bleiben wir dabei, wenn es bessere Vorschläge zur Finanzierung notwendiger Beschäftigungspolitik gibt, dann sollten sie auf den Tisch gelegt werden, damit sie geprüft werden können. Wir sind nicht versessen auf die Ergänzungsabgabe, wir sind nur überzeugt, es muß mehr geschehen, um die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Das kostet nun einmal Geld. Es muß solidarisch und nach finanzieller Leistungsfähigkeit aufgebracht werden!
(-/7.8.1981/hj/hgs)

Kooperationspartner
mit der Sozialistischen
Kampfbewegung



Vorsicht: Fremdenhaß

Die Intoleranz der Deutschen gegenüber Ausländern nimmt zu

Von Volker Neumann MdB

Seit so viele Türken unter uns leben, hat sich ein Wandel in der Bedeutung des Wortes "türkisch" vollzogen. Früher fielen einem überwiegend positive Zusammenhänge und angenehme Kombinationen ein: türkischer Honig, türkischer Mokka, türkisches Bad, tausend-und-eine Nacht. Heute ist davon kaum noch die Rede. Der Zusatz "türkisch" hat fast immer eine negative Bedeutung. "Türkenkind" ist fast ein Schimpfwort. "Kümmeltürke", "Kameltreiber", "Kanakanen" sind gebräuchliche Stichworte, die heute in der Bundesrepublik beim Thema Türken fallen. Dabei sind die Türken nur eine Gruppe von Ausländern, die unter uns leben. Den Griechen, Italienern, Spaniern und Jugoslawen geht es ähnlich. Auch sie sind Opfer von Vorurteilen, die die Deutschen seit jeher gegen fremde Sitten und Gebräuche gehegt haben.

Im Zuge der wachsenden Arbeitslosigkeit scheinen Intoleranz und Aggression zwischen Deutschen und Ausländern eher zuzunehmen. Immer mehr Bundesbürger neigen angesichts knapper Arbeitsplätze und Lehrstellen zu dem oberflächlichen Urteil: Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg, oder: Wohnungen, Stadtviertel, Kindergartenplätze, Lehrer usw. Die Bereitschaft, miteinander auszukommen, fremde Sitten und Lebensgewohnheiten zu dulden, den Ausländern zu ihren Rechten zu verhelfen, nimmt ab, je härter die eigenen Vorteile erkämpft werden müssen. Dabei übersehen wir leicht, daß ein beachtlicher Teil unserer gut funktionierenden Wohlstands-Apparatur ohne die "Drecksarbeit" nicht vorhanden wäre, die häufig gerade von ausländischen Arbeitnehmern gemacht wird. Auch in Zukunft werden wir auf diese Arbeitskräfte angewiesen sein. Deshalb sollten wir uns wieder an das Demokratiegebot der Toleranz erinnern. Eine der wichtigsten Eigenschaften des mündigen Bürgers in einer Demokratie ist die Fähigkeit, andere gewähren zu lassen, anderen, vor allem Minderheiten, Spielraum zu geben. An unserem Umgang mit den bei uns lebenden Ausländern läßt sich unsere demokratische Reife auch ablesen. Dabei ist eine gewisse Schizophrenie unseres Verhaltens nicht zu übersehen: Bei uns im Land reagieren wir gereizt auf die Eigenarten anderer Landsleute. Im Urlaub dagegen ziehen sie uns an, da gefällt uns ihr Temperament, da lassen wir uns von ihrer lauten Fröhlichkeit mal anstecken, da stört uns auch ein bißchen Schmutz nicht. Warum bringen wir nicht auch zuhause ein wenig mehr Milde im Umgang mit unseren ausländischen Mitbürgern auf?

(-/7.8.1981/bgy/hgs)

+ + +



Die CDA auf dem Weg in eine halbe Zukunft

Blüms familienpolitischer Rückfall ins 19. Jahrhundert

Von Dr. Brunhilde Peter MdL

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer Frauen beim SPD-Vorstand (AsF)

Norbert Blüm CDU, und der Bundesvorstand der CDA haben Leitsätze über "Die sanfte Macht der Familie" vorgelegt, in denen sie das Fehlen von Weiblichkeit und Mütterlichkeit in unserer Gesellschaft beklagen - mit schönen Worten. Im Oktober sollen diese Thesen auf der Bundestagung der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) verabschiedet werden. Wie leichtfertig Blüm und seine Helfer mit so wichtigen Fragen wie Familie und Menschlichkeit in der Gesellschaft umgehen, wird deutlich in der Begründung für die Annahme der Thesen durch den Bundesvorstand der CDA: Sie werden "für Wirbel sorgen". Selbst CDU- und CDA-Frauen reagieren kritisch auf diesen "überheblichen Rückfall ins 19. Jahrhundert". Denn Blüms sogenannte Modelle einer zukünftigen Gesellschaft, die zwar richtigerweise "Impulse aus der Kultur der Familie in die von technokratischen Zwängen und Gefährdungen beherrschte Industriekultur" wünschen, gehen in ihren Lösungsvorschlägen sowohl für die Familie wie auch für die Arbeitswelt in die völlig falsche Richtung.

Auf den dort empfohlenen Rückfall in eine für Kinder, Männer und Frauen gleich negative Familienideologie, auf die Zurückweisung nur der Frauen in die Familie ("Das Kind sucht die Mutter als Mutter") antworten CDU-Frauen mit Recht: "Der Ehemann und Vater, der Familienaufgaben, der häusliche Aufgabe übernimmt, der Vater sein will, ist offenbar jenseits aller Vorstellungskraft der Befürworter der Leitsätze." Den bei Blüm richtigen Ansatz, daß "Gleichberechtigung als Verwirklichung von mehr Weiblichkeit ein Element der Befreiung der Gesellschaft von überholten Zwängen und einseitigen Entwicklungen" sein soll, folgt eben nicht die notwendige Konsequenz, die mehr Väterlichkeit in die Familie und mehr Weiblichkeit in die Industriegesellschaft heißen müßte.

Blüm verdirbt damit auch sein Modell einer zukünftigen (menschlicheren "weiblicheren) Arbeitswelt (gegen Macht- und Konkurrenzdenken), die nicht mehr nur Erwerbsarbeit, sondern mehr Eigenarbeit, Familienarbeit, genossenschaftliche und soziale Arbeit, Arbeit in kleineren Gemeinschaften einschließt. Indem er die Frauen nicht partnerschaftlich und selbstverständlich in ihrer Erwerbssituation (auf 16,8 Millionen erwerbstätige Männer kommen über 10 Millionen erwerbstätige Frauen) in die kommende Entwicklung miteinbezieht, verhindert er, "daß die Umkehr zu einer menschlicheren Gestaltung unseres Zusammenlebens und unserer Umwelt (also auch der Arbeitswelt) die traditionellerweise zurückgedrängten weiblichen Wertkategorien in-



tensiver zur Geltung bringen" kann (Horst Eberhard Richter). Eine veränderte Arbeitswelt, die Zukunftschancen für Männer und Frauen bringt, braucht, was Horst Eberhard Richter so formuliert: "Für die Frau stellt sich das dialektische Problem, daß sie einerseits weiterhin konkurrierend gegen die Vormachtstellung des Mannes ankämpfen muß, um endlich in Politik, Technik, Wirtschaft, Kultur ihren Einfluß auf die Gestaltung unserer Lebensweise hinreichend ausüben zu können, daß sie andererseits bei diesem Rivalisieren ihre 'Weiblichkeit', das heißt die (ihr in der Geschichte einmal zugeteilten und) vorläufig von ihr schwerpunktmäßig gehüteten menschlichen Qualitäten bewahrt und dem Mann hilft, daß er bei sich allmählich Züge von emotionaler Sensibilität nachentwickelt, die er von sich abgespalten hatte."

Nur aus den vielfachen Widersprüchen des Papiers und aus einer nur halb durchdachten Zukunftsvision ist zum Beispiel auch ein längst widerlegter Satz wie folgender erklärbar: "Emanzipationsbewegungen verbinden Ich-Sucht mit einem Gleichheitsideal, das auf die Eindämmung aller Unterschiede gerichtet ist. Mann und Frau werden für austauschbar erklärt" (CDA-Papier).

Blüm und seine Thesen bringen weder der Familie noch der Arbeitswelt, was dieser fehlt. Denn sowohl die vaterlose Familie als auch die frauenlose Gesellschaft sind unmenschliche und undemokratische Modelle.

Die Familie braucht zu der von der Frau bejahten Mütterlichkeit mehr Väterlichkeit.

Die Arbeitswelt braucht Männer u n d Frauen, die zusammen Mitwirkung und Menschlichkeit weiterentwickeln.

Männer, Frauen und Familien brauchen Modelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die CDA-Delegierten und die CDU-Frauen sollen sich doch nicht mit einer halben Zukunft begnügen.
(-/7.8.1981/bgy/hgs)

+ + +



Der Volksentscheid vom 9. August 1931

Der Kampf der Kommunisten mit den Nazis gegen das demokratische Preußen

Von Anke Brunn MDA

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Bei den vielen Preußenerinnerungen dieser Tage sollte ein Jahrestag nicht vergessen werden, der nunmehr 50 Jahre zurückliegt, der 9. August 1931.

In der Weimarer Republik stellte Preußen einen vergleichsweise festen Pol demokratischer Stabilität und Kontinuität dar. Von 1920 bis 1932 wurde Preußen mit nur einer kurzen Unterbrechung von einer Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten, den liberalen Demokraten und dem katholischen Zentrum unter dem Ministerpräsidenten Otto Braun regiert. Im Reich gab es dagegen im gleichen Zeitraum 13 verschiedene immer schwächer werdende Regierungen.

Gegen dieses "Letzte große Bollwerk der Demokratie" beschlossen die Nationalsozialisten im Herbst 1930 ein Volksbegehren einzuleiten, um den Preußischen Landtag aufzulösen. "Wer Preußen hat, hat Deutschland". Das war das strategische Ziel. Die Bastion Preußen sollte fallen, damit das bereits morsch gewordene Deutsche Reich der Weimarer Republik von den Nationalsozialisten übernommen werden konnte.

Im Herbst 1930 lehnten es die Kommunisten im Preußischen Landtag ab, sich diesem Volksbegehren der Rechten anzuschließen, nachdem sie selbst gerade einen Mißtrauensantrag gegen die Preußische Regierung gestellt hatten. Selbst im April 1931 noch schrieb die Parteizeitung der Kommunisten die "Rote Fahne": "Kein Werktätiger darf sich verleiten lassen, gemeinsam mit den Mord- und Streikbrecherbanden der Nazis und des Stahlhelms gemeinsam mit den Börsenfürsten, Junkern und Inflationsgewinnern zu deren Volksbegehren aufzumarschieren."

Die Zeit des Werbens für das Volksbegehren war begleitet von steigenden Arbeitslosenzahlen, wirtschaftlicher Not, Geldverfall, finanziellen Schwierigkeiten des Staates, exaltierter Agitation und gewalttätigen Auseinandersetzungen der radikalen Gruppen. Es ist die Zeit der Brüning'schen Notverordnungen, von denen der Preußische Innenminister Karl Severing (Sozialdemokrat und Gewerkschafter) Gebrauch machte. "Lieber Hitler als Severing", war deshalb eine der Parolen. Mit allen Mitteln bemühten sich die Nationalsozialisten und ihre Verbündeten, die notwendigen Unterschriften für das Volksbegehren zu bekommen. Dennoch kamen kaum sechs Millionen Stimmen zusammen, gerade das erforderliche Fünftel. Der Preußische Landtag lehnte das Begehren nun mit 229 gegen 190 Stimmen der Rechten und der Kommunisten ab.

Jetzt beschloß die KPD, angespornt von Heinz Neumann, der von vornherein dafür eingetreten war, das Volksbegehren zu unterstützen, weil "jede Verschärfung der politischen Krise in Deutschland der KPD nützen muß", gemeinsam mit den Nationalsozialisten zum Volksentscheid aufzurufen. Gefördert wurde diese Position auch von Stalin und Molotow. Leo Trotzki dagegen bezeichnete das Vorgehen der KPD als das "beschämendste Abenteuer, das man je gesehen hat."



Der Volksentscheid wurde nun von der KPD der "Rote Volksentscheid" genannt. Ihre Offensive galt vor allem den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften. "Wir müssen um jeden Preis die innere Krise der SPD zur höchsten Entfaltung bringen", forderte nun der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann. "Heute erkennen bereits große Schichten sozialdemokratischer Arbeiter, daß die Behauptung ihrer Führer, Brüning sei das kleinere Übel gegen Hitler-Hugenberg, Schwindel ist und zur Entschuldigung für die infame arbeiterfeindliche Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dient." Sein Aufruf endete: "Wir tragen Zersetzung ins Lager der Bourgeoisie. Wir werden unseren Einbruch in die Sozialdemokratie erweitern und die innere Gärung dieser Partei beschleunigen. Wir werden tiefere Breschen in die Hitlerfront schlagen. Wir werden als Partei der proletarischen Revolution unsere Reihen stärken, die Masseninitiative beleben und den revolutionären Klassenkampf steigern. Das alles wird uns gelingen!"

Dennoch scheiterte der Volksentscheid am 9. August 1931. Lediglich 9,8 Millionen der 26,6 Millionen Stimmberechtigten folgten den Parolen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten. Das Bollwerk Preußen hielt dieser Einheitsfront stand.

1932 erreichte schließlich die rechtskonservative Allianz aus Großindustrie und Großgrundbesitz ihr Ziel. Nach der Ablösung Brünings durch Papen wurde die preußische Regierung durch einen Staatskommissar ersetzt. Damit fand das demokratische Preußen sein Ende.

Heute versucht die Geschichtsschreibung der SED das Bündnis von KPD und Faschisten gegen die Preußische Republik und gegen die Sozialdemokraten als einen punktuellen Irrtum darzustellen. Seit 1928 läßt sich jedoch unter dem zunehmenden Einfluß Stalins auf die KPD die Linie erkennen, Gewerkschaften, Sozialdemokraten und die Republik Preußen als besonderes Angriffsziel zu verfolgen. Nur das offene Bündnis mit den Nationalsozialisten war in diesem Fall besonders spektakulär.

(-/7.8.1981/vo-he/hgs)

+

+

+

